Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Stadtkämmerei

Vorlagen-Nr.
20/01/2021

Anledgedatum
17.02.2021

Verfasser/in
Schippmann, Kristin
Escher, Winfried

Aktenzeichen
20 24 03

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Hauptausschuss	01.03.2021	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	11.03.2021	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Richtlinie der Stadt Rheinfelden (Baden) für die Geldanlage - Geldanlagerichtlinie -

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung schlägt vor:

Die in der Anlage beigefügte Geldanlagerichtlinie wird beschlossen.

Anlagen

Richtlinie der Stadt Rheinfelden (Baden) für die Geldanlage - Geldanlagerichtlinie -

Interne Prüfung
entfällt

Erläuterungen

Bisher wurde bei der Stadt Rheinfelden (Baden) keine Richtlinie zur Geldanlage beschlossen. Diese ist nach § 22 GemHVO grds. dann zu erlassen, wenn liquide Mittel in Anteilen an Investmentfonds angelegt werden sollen.

Die Stadtverwaltung Rheinfelden (Baden) schlägt jedoch vor, grundsätzlich eine Geldanlagerichtlinie zu beschließen, die als feste Orientierung für die Verwaltung bei der Geldanlage fungieren soll. Die Geldanlagerichtlinie soll den Bediensteten helfen die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten.

Einlagensicherung

Durch den Beschluss des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) kam es zum Wegfall der freiwilligen Einlagensicherung für Gebietskörperschaften ab 01.10.2017. Damit sind Geldanlagen der Stadt Rheinfelden (Baden) bei Privatbanken nur noch im Rahmen der gesetzlichen Einlagensicherung bis zu 100.000 € geschützt. Bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten (Sparkassen, Landesbanken) und bei genossenschaftlichen Kreditinstituten (Volksbanken, Raiffeisenbanken), besteht weiterhin die Einlagensicherung in unbegrenzter Höhe.

Hintergrund für diese Entscheidung des BdB - Kommunen als „professionelle Investoren“ zu behandeln und damit als „nicht schutzbedürftig“ einzustufen, ist die Stärkung der Finanzkraft des Einlagenfonds.

Viele, vor allem kleine Kommunen haben daher die Zusammenarbeit mit Privatbanken eingestellt, da sie entgegen der Auffassung des BdB nicht auf ein umfassendes Wissen in diesem Bereich zurückgreifen können. Größere Kommunen tätigen auch weiterhin kurzfristige Geldanlagen bei Privatbanken. Allerdings wird hier die Ratingnote A- (Bonitätseinstufung: Gut) vorausgesetzt. Diese Geldanlagen sind für größere Kommunen unerlässlich, um Strafzinsen zu vermeiden.

Auch die Stadt Rheinfelden (Baden) hat in den vergangenen Jahren entsprechende Geldanlagen getätigt und hierdurch gute bis sehr gute Zinserträge, in Anbetracht des Geldmarktes, erzielen können. In den vergangenen 7 Jahren konnten Zinserträge in Höhe von 1,26 Mio. € erzielt werden:

Jahr	Zinsertrag
2014	305.261,95 €
2015	151.289,96 €
2016	152.250,69 €
2017	179.759,81 €
2018	190.381,48 €
2019	169.266,56 €
2020	116.381,95 €
Ø 15-20	159.888,41 €

Aufgrund der derzeitigen Zinssituation zeigte sich aber bereits 2020, dass auch die Zinserträge bei Privatbanken stagnieren bzw. rückläufig sind.

Für das Haushaltsjahr 2021 wurden Zinserträge in Höhe von 59.000 € eingeplant. Diese geplanten Zinserträge resultieren aus den bestehenden Geldanlagen mit mittelfristigen Laufzeiten (< 5 Jahre). Für neue Geldanlagen wurden aufgrund der unsicheren Finanzmarktsituation keine weiteren Zinserträge eingeplant.

Verwahrentgelte / Negativzinsen / Strafzinsen

Die Sparkasse Lörrach-Rheinfelden hat darüber hinaus zum 01.02.2021 ihren Freibetrag für Verwahrentgelte gegenüber Geschäftskunden weiter herabgesetzt. Bisher hatte die Stadt Rheinfelden (Baden) einen Freibetrag von 1,1 Mio. €, seit 01.02.2021 von lediglich 0,3 Mio. €. Für Finanzvermögen über diesen Freibetrag fallen Verwahrentgelte in Höhe von 0,5 % an.

Aufgrund der Finanzverpflichtungen der Stadt Rheinfelden (Baden) benötigen wir für den täglichen Geschäftsbetrieb rund 0,25 Mio. € pro Woche für die Begleichung von Rechnungen sowie ca. 1,5 Mio. € pro Monat für die Gehälter sowie Sozialversicherungsbeiträge inkl. Lohnsteuer, darüberhinausgehende wiederkehrende vierteljährliche Zahlungen liegen bei rund 7,1 Mio. €. Die Stadt Rheinfelden (Baden) benötigt daher zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen monatliche freie Liquidität in Höhe von rund 2,5 Mio. €. Verwahrentgelte lassen sich daher zweifelsfrei nicht vermeiden. Dennoch ist es unser Bestreben, den städtischen Haushalt durch Verwahrentgelte nicht zusätzlich zu belasten.

Erstmals musste die Stadt Rheinfelden (Baden) im Jahr 2016 (Vereinbarung ab 01.12.2016) Verwahrentgelte zahlen. Lagen diese in 2016 bei 1.088,15 €, fielen in 2017 Verwahrentgelte in Höhe von 2.858,61 €, in 2018 = 4.080,64 €, in 2019 = 7.851,83 € und in 2020 bereits 12.671,48 € an. Aufgrund der geänderten Freibeträge ist in 2021 davon auszugehen, dass die Verwahrentgelte bei voraussichtlich 30.000 € liegen werden, ohne Berücksichtigung von Rückflussgeldern aus bestehenden Geldanlagen.

Zwar zeigt der Haushaltsplan der Stadt Rheinfelden (Baden) einen Verbrauch der Finanzmittel an, aber u.a. aufgrund der bestehenden Ermächtigungsübertragungen für Investitionsmaßnahmen von rd. 10 Mio. € jährlich, verfügt die Stadt Rheinfelden (Baden) über Finanzvermögen, welches entsprechend auf dem Geldmarkt Verwertung finden muss oder anderenfalls vollständig Verwahrentgelte anfallen.

Verwahrentgelte für zurückfließende Geldanlagen 2021-2022

In 2021 und 2022 fließen Geldanlagen in Höhe von 16,86 Mio. € und 4,51 Mio. € zurück. Für diese fallen ohne eine weitere Anlage Verwahrentgelte in Höhe von 0,5 % an. Bezogen auf die Rückflussmittel rechnet die Stadt Rheinfelden (Baden) ohne eine Steuerung unseres Geldvermögens aufgrund des derzeitigen Geldmarktes daher mit einem Zinsverlust in 2021 von 53.000 € und in 2022 von 100.000 €. Zusammengefasst verursachen die Rückflussmittel von Geldanlagen in 2021-2022 einen Zinsverlust in Höhe von 153.000 €.

Auch künftige Haushaltsjahre wären von weiteren noch nicht konkreter bezifferbaren Zinsverlusten betroffen.

Geldanlagen

Nach § 91 Abs. 2 GemO ist bei Geldanlagen vorrangig auf eine ausreichende Sicherheit zu achten. Außerdem sollen Geldanlagen einen angemessenen Ertrag bringen und gem. § 22 Abs. 1 GemHVO rechtzeitig für ihren Zweck verfügbar sein. Die Ertragserzielung tritt hinter der Sicherheit von Geldanlagen zurück.

Wie eingangs ausgeführt, verfügt die Stadt Rheinfelden (Baden) jedoch auch derzeit über freie Liquidität für die über die normalen Konten der Stadt entsprechende beträchtliche Verwahrentgelte anfallen.

Bei einer Geldanlage bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken können kaum bessere Konditionen als der zu zahlende Verwarentgeltzinssatz erreicht werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, die bestehenden Geschäftsbeziehungen zu Privatbanken mit Rating von mindestens A- auch weiterhin bei Geldanlagen zu berücksichtigen, um die finanziellen Nachteile für die Stadt Rheinfelden (Baden) so gering wie möglich zu halten.

Der Haushaltsgrundsatz der stetigen Aufgabensicherung schließt Spekulationsgeschäfte aus. Mit dem Wegfall des Bestandsschutzes sind die Einlagen bei Privatbanken zwar unsicherer geworden. Sie sind aber nicht als spekulativ zu bezeichnen.

Bei Geldanlagen größeren Umfangs kann eine Verteilung auf verschiedene Kreditinstitute und angemessene Mischung und Streuung die Sicherheit erhöhen. Die Stadt Rheinfelden (Baden) wird wie bisher auch, auf eine entsprechende Mischung und Streuung der Geldanlagen Wert legen.

Geldanlagen sollen hierbei künftig entsprechend der beigefügten Geldanlagerichtlinie erfolgen.